

Fragestunde

1033. Abgeordneter Jörg Vogelsänger (SPD-Fraktion)

Direkter Zug in das Tesla-Werk

Jeder Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein Gewinn für uns alle. Das betrifft natürlich auch die Beschäftigten im Tesla-Werk in Grünheide. Bereits jetzt hält der RE 1 halbstündig in Fangschleuse. Dazu kommen Busanbindungen. Tesla plant eine direkte Zugverbindung vom Bahnhof Erkner in das Tesla-Werk.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand der Genehmigung?

1034. Abgeordnete Birgit Bessin (AfD-Fraktion)

Aktueller Stand des Verlusts von Personal aufgrund der einrichtungsbezogenen Impfpflicht

Seit dem 15. März 2022 gilt die einrichtungsbezogene Impfpflicht im Gesundheitswesen. Kündigungen waren bereits im Vorfeld absehbar.¹ Es stellen sich Fragen zum aktuellen Stand der diesbezüglichen Entwicklung.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie viele Mitarbeiter des Gesundheitssektors im Land Brandenburg haben bisher aufgrund der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ihren Arbeitsplatz gewechselt bzw. den Beruf/die Arbeit aufgegeben?

1035. Abgeordnete Ricarda Budke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eigenanteil von Gemeinden in Haushaltssicherung bei Strukturstärkungsprojekten im Werkstattprozess der WRL

Das Projekt mit dem Arbeitstitel „Ruinenviertel Bahnhof Neupetershain“, maßgeblich vorangetrieben durch den Neupetershainer Geschichten e. V., hat zum Ziel, das verfallene Viertel um den Bahnhof Neupetershain neu zu beleben und mit einer Vielzahl von Nutzungskonzepten einen Beitrag zur Strukturentwicklung in der Region zu leisten. Die Projektinitiatoren sind bereits in Abstimmung mit der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL), um das Projekt

¹ Vgl. „Corona-Impfpflicht sorgt für Kündigungen in ersten Kliniken“, in: <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/handelsblatt-umfrage-corona-impfpflicht-sorgt-fuer-kuendigungen-in-ersten-kliniken/28022272.html> (01.02.2022), abgerufen am 25.04.2022.

zeitnah in den Werkstattprozess einbringen zu können. Allerdings befindet sich die Gemeinde Neupetershain in der Haushaltssicherung. Die Finanzierung des Eigenanteils beträgt laut WRL 5 %. Bei einem Projekt dieser Größenordnung beläuft sich die Summe des Eigenanteils auf 1,05 Millionen Euro. Dies stellt die Gemeinde vor große finanzielle Herausforderungen. Der Landtag Brandenburg hat im Jahreshaushalt 2022 laut Einzelplan 20 Kapitel 20 090, Haushaltstitel 883 70 für die Übernahme des Eigenanteils 10,2 Millionen Euro eingestellt.

Ich frage die Landesregierung: Welcher Voraussetzungen bedarf es, damit Lausitzer Kommunen in Haushaltssicherung, insbesondere die Gemeinde Neupetershain, eine vollständige Übernahme des Eigenanteils durch das Land bei der Umsetzung von WRL-Projekten erhalten?

1036. Abgeordneter Andreas Büttner (Fraktion DIE LINKE)
Reaktivierung von Haltepunkten im Land Brandenburg

Das Angebot im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) soll laut Koalitionsvertrag im ganzen Land deutlich verbessert werden. Außerdem soll der Anteil des Umweltverbundes, also des Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehrs, von aktuell 40 % bis 2030 auf 60 % erhöht werden. Zu diesem Zweck und in Vorbereitung des neuen Landesnahverkehrsplans (LNVP 2023-2027) wurde im Auftrag des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) eine Potenzialanalyse zur Reaktivierung von Strecken und Halten erstellt.

Von insgesamt 35 vorgeschlagenen Haltepunkten schieden 20 Haltepunkte bereits in der Vorauswahl aus. Von den 15 untersuchten Haltepunkten hätten der Analyse zufolge lediglich vier das Potenzial für eine Reaktivierung (Kategorie A). Bei sieben Haltepunkten sei das Potenzial für eine Bestellung im Taktverkehr „nicht eindeutig erkennbar“ (Kategorie B), trotz positivem Ergebnis der Nutzwertanalyse. Bei den verbleibenden vier Haltepunkten gebe es derzeit kein ausreichendes Potenzial (Kategorie C). Laut Entwurf des neuen LNVP sind für lediglich vier Halte weitere Untersuchungen zur Reaktivierungswürdigkeit durchzuführen. Anders als bei den Streckenreaktivierungen sollen Haltepunkte der Kategorie B zurückgestellt werden.

Ich frage die Landesregierung: Aus welchen Gründen werden die Haltepunkte der Kategorie B nicht unmittelbar für weitere Machbarkeitsstudien berücksichtigt?

1037. Abgeordneter Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)
Tafel Bernau e. V. vor dem Aus?

Die Bernauer Tafel ist eine wichtige soziale und für viele Menschen lebensnotwendige Einrichtung. Sie ist nicht nur für die Stadt Bernau, sondern auch für große Teile der Landkreise Barnim und Märkisch-Oderland sowie für die ukrainischen Flüchtlinge von enormer Bedeutung.

Nun ist die Bernauer Tafel selbst in Not und steht vor dem Aus. Der Trägerverein soll das bisher genutzte Gelände bis zum 1. September 2022 räumen. Ein erneuter Aufschub wird vom Vermieter nicht gewährt. Es droht eine Räumungsklage.

Die von der Stadt Bernau für die Bernauer Tafel geplanten neuen Hallen und Gebäude werden voraussichtlich erst im Frühjahr 2023 bezugsfertig sein. Das bedeutet, dass die Bernauer Tafel für über ein halbes Jahr die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen wichtigen Dingen des täglichen Bedarfs nicht mehr leisten kann und ihre Arbeit einstellen müsste.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen kann und wird sie ergreifen, um die Arbeit der Bernauer Tafel aufrechtzuerhalten, bis die neuen Räumlichkeiten bezogen werden können?

1038. Abgeordnete Katja Poschmann (SPD-Fraktion)
Kulturerbe-Siegel

Am 13. Juni verleiht die EU dem Oderbruch das Europäische Kulturerbe-Siegel. Mit diesem Siegel zeichnen das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union seit 2011 Kulturdenkmale, Kulturlandschaften und Gedenkstätten aus, die die europäische Einigung, die gemeinsamen Werte sowie die Geschichte und Kultur der EU symbolisieren. Ziel sei es, das Zugehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union zu stärken, den Zugang zum europäischen Kulturerbe zu erleichtern und das Bewusstsein für eine europäische Identität zu erweitern.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Chancen ergeben sich aus ihrer Sicht für den Oderbruch aus der Verleihung des Kulturerbe-Siegels?

1039. Abgeordneter Daniel Freiherr von Lützow (AfD-Fraktion)
Transportverbot für Kälber bis zum 28. Lebenstag

Im Rahmen der vom Bundeslandwirtschaftsministerium auf den Weg gebrachten Neuregelung der Tierschutztransportverordnung greift nach einer Übergangsfrist von einem Jahr ab dem 1. Januar 2023 auch die Neuregelung für den Transport von Kälbern. Dann ist ein Transport von Kälbern erst ab einem Alter von 28 Tagen erlaubt. Aktuell gilt ein Mindestalter von 14 Tagen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen hat die ab dem 1. Januar 2023 greifende Neuregelung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Rinderzüchter?

1040. Abgeordnete Carla Kniestedt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ortsteilbudgets als Pflichtaufgabe

Am 1. Juli 2021 wurde § 46 Abs. 3a der Brandenburger Kommunalverfassung dahin gehend geändert, dass für Ortsteile, die durch einen Ortsbeirat vertreten werden, verpflichtend ein Ortsteilbudget eingerichtet werden muss. Ziel der Änderung ist es, die Mitbestimmungsrechte der Ortsteile auszuweiten und damit zur dörflichen Entwicklung beizutragen.

Ich frage die Landesregierung: Wie verhält es sich, wenn Kommunen in Haushaltssicherung in Erfüllung ihrer Pflichtaufgabe ein Ortsteilbudget erlassen, welches dann wiederum für freiwillige Ausgaben verwendet werden kann?

1041. Abgeordnete Kathrin Dannenberg (Fraktion DIE LINKE)
Stand der Erarbeitung eines Mehrsprachigkeitskonzepts des Landes Brandenburg

Der Landtag hat auf Antrag von vier Fraktionen am 25. März 2021 die Regierung beauftragt, ein Mehrsprachigkeitskonzept zu erarbeiten, das „die Nachbarsprache Polnisch, die in Brandenburg vertretenen Regional- und Minderheitensprachen Niedersorbisch und Niederdeutsch sowie den Umgang mit den in Brandenburg unterrichteten Fremdsprachen und den hier vertretenen Herkunftssprachen von Migrantinnen und Migranten“ umfasst. Die Umsetzung des Konzeptes sollte im Jahr 2022 beginnen.

Am 6. Mai soll auf Einladung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport ein Werkstattgespräch im Rahmen des zweiten Teils des Beteiligungsprozesses zum Mehrsprachigkeitskonzept stattgefunden haben - erneut, ohne dass Mitglieder des zuständigen Landtagsausschusses eingeladen waren. Teilnehmende berichteten, dass es im Vorfeld keinerlei Positionspapiere gab; erst am Tag der Veranstaltung wurden für die einzelnen Sprachen Handlungsempfehlungen als Tischvorlagen verteilt. Nach einem einleitenden Vortrag eines Wissenschaftlers ging es für eine knappe Stunde in Workshops - in deren Ergebnis sollten die Sprachgruppen ihre Position zu den Handlungsempfehlungen mitteilen und definieren, was sie zur Umsetzung leisten können. Ein Feedback des MBSJ soll es nicht gegeben haben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Wie schätzt sie vor diesem Hintergrund die Wahrscheinlichkeit ein, dass mit der Umsetzung des Mehrsprachigkeitskonzepts - wie der Landtag es vor 14 Monaten beschlossen hat - tatsächlich im Jahr 2022 begonnen werden kann?

1042. Abgeordnete Kathleen Muxel (AfD-Fraktion)
Erhöhte Waldbrandgefahr durch die Akkumulation von Schadholz

Durch verschiedene Wetterereignisse ist es in den letzten Jahren in vielen Waldbeständen zu einer Akkumulation von Schadholz gekommen, zuletzt durch erheblichen Windbruch und Windwurf infolge des Sturmtiefs „Antonia“.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie die Auswirkungen dieser Akkumulation von Schadholz auf die Waldbrandgefahr ein?

1043. Abgeordneter Dr. Philip Zeschmann (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)
Gebühren für Anwohnerparkausweise in Brandenburger Städten und Gemeinden

Die Bundesregierung hat im Jahr 2021 die Obergrenze für das Anwohnerparken von bislang 30,70 Euro pro Jahr im öffentlichen Straßenraum abgeschafft. Die Bundesländer haben seither den Spielraum, die Parkraumkosten eigenständig neu zu regeln.

Ich frage die Landesregierung: Wie bzw. mit welchen kalkulatorischen Vorgaben beabsichtigt sie, die Ausgabe und Bepreisung von Anwohnerparkausweisen in Brandenburg künftig zu regeln?

1044. Abgeordneter Daniel Freiherr von Lützow (AfD-Fraktion)
Wohnraumoffensive der Bundesregierung

„Wohnraumoffensive‘ des Bundes brachte 56 Wohnungen in 4 Jahren“, titelten verschiedene Zeitungen am 16. April 2022, in diesem Fall die „Oldenburger Onlinezeitung“. Im Jahr 2021, so geht aus der Berichterstattung hervor, wurden sechs Wohnungen geschaffen.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Wohneinheiten wurden in Brandenburg durch die Wohnraumoffensive der Bundesregierung geschaffen?

1045. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wildtiere im Tierheim Wesendahl

Vom Landestierschutzbeauftragten wurden Anfang März 2022 im Tierheim Wesendahl eklatante Missstände festgestellt. Aufgrund der gravierenden tierschutzrechtlichen Verstöße hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz eine besondere Weisung an den Landkreis Märkisch-Oderland bezüglich des Tierheims Wesendahl erlassen. Die Benennung des Tierheims als Wildtierauffangstation musste in der Folge zurückgegeben werden. Bezüglich der im Tierheim befindlichen Wildtiere hatte der Landkreis ausgeführt, dass diese nicht sämtlich ausgewildert werden könnten. In der Weisung wird

daher unter anderem festgehalten, dass bei nicht oder nicht mehr rehabilitier- oder auswilderbaren Wildtieren eine artgerechte Unterbringung erfolgen muss.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Stand zur Auswilderung bzw. artgerechten Unterbringung der Wildtiere im Tierheim Wesendahl?

1046. Abgeordneter Andreas Büttner (Fraktion DIE LINKE)

Zusätzliche Rabattierung von ÖPNV-Abonnements im Berliner Tarifbereich C während des Aktionszeitraums des 9-Euro-Tickets

Als Teil des zweiten Energie-Entlastungspakets hat die Bundesregierung ein 9-Euro-Ticket für den Aktionszeitraum Juni bis August beschlossen. Innerhalb des Berliner Senats wird derzeit darüber diskutiert, die Nutzung des ÖPNV in den Berliner Tarifbereichen A und B für Jahresabonnements im gesamten Aktionszeitraum kostenlos anzubieten. Menschen, die bisher noch nicht Kundinnen oder Kunden des ÖPNV sind, hätten so die Möglichkeit, entweder eine Monatskarte für 9 Euro zu erwerben oder ein Jahresabonnement abzuschließen, das in den ersten drei Monaten kostenlos ist. Für Bestandskundinnen und -kunden hätte der Rabatt den Charakter eines Dankeschöns für ihre Treue zum ÖPNV auch in Coronazeiten. Ziel dieses zusätzlichen Rabatts ist es, die Dynamik der 9-Euro-Aktion nicht nach drei Monaten enden zu lassen, sondern Kundinnen und Kunden dauerhaft für den ÖPNV zu gewinnen.

Der Rabatt soll von den Verkehrsunternehmen gewährt werden, und es wird davon ausgegangen, dass sich die Kosten hierfür durch die Erlöse aus den zusätzlichen Abonnements, die während des Aktionszeitraumes abgeschlossen werden, in kurzer Zeit gegenfinanzieren. Daher werden die Kostenrisiken als sehr gering eingeschätzt und bestehen im Wesentlichen aus kurzfristigem Liquiditätsbedarf.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, die Verkehrsunternehmen in Brandenburg so zu unterstützen, dass eine gleichwertige Rabattierung auch für den Berliner Tarifbereich C möglich wird, insbesondere vor dem Hintergrund, dass über 310 000 Menschen täglich zwischen Berlin und Brandenburg pendeln?

1047. Abgeordnete Birgit Bessin (AfD-Fraktion)

Quarantänehäufigkeit von vollständig Geimpften

Auch im Land Brandenburg müssen sowohl Ungeimpfte als auch vollständig gegen Covid-19 Geimpfte in Quarantäne.² Hierzu stellen sich Fragen zum aktuellen Stand der Häufigkeit von Quarantäne trotz Impfung.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie viele Personen mussten im Land Brandenburg bislang in Quarantäne, obwohl sie einen vollständigen Impfschutz besaßen?

² Vgl. „Was in Brandenburg jetzt erlaubt ist - und was verboten“, in: https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/04/brandenburg-corona-massnahmen-lockerung-ausgang-kontakt-erlaubt.html (30.03.2022), abgerufen am 25.04.2022.

1048. Abgeordneter Clemens Rostock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dieselausstieg bis 2037

Die Umstellung aller SPNV-Linien in Berlin und Brandenburg von Dieselbetrieb auf elektrischen Betrieb oder alternative Antriebe wird bis 2037 angestrebt. Bis dahin soll der Anteil von dieselgetriebenen Strecken im Bahnregionalverkehr im VBB von heute 27 % auf 0 % sinken. Als Voraussetzung für den Einsatz von Akkuzügen braucht es mindestens teilelektrifizierte Strecken und für Wasserstoffzüge ein gut ausgebautes Netz von H2-Tankstellen und -Produktionsstellen. Bestehende Verkehrsverträge sind an ihre Laufzeiten gebunden, aber künftige Ausschreibungen werden sukzessive auf alternative Antriebe umgestellt.

Gleichzeitig befinden sich derzeit acht Dieseltriebwagen im Bau, die im Dezember 2022 mit der Betriebsaufnahme Netz Elbe-Spree auf den Linien RB 33 und RB 51 eingesetzt werden sollen. Für diese neu gebauten Dieselfahrzeuge, die aufgrund des dieselmechanischen Antriebs nicht auf elektrischen Betrieb umgestellt werden können, gewährt das Land Brandenburg eine Wiedereinsatzgarantie und garantiert damit die Leasingzahlungen bis 2046.

Ich frage die Landesregierung: Was geschieht mit den noch nicht abbezahlten Dieseltriebwagen nach dem Jahr 2037, für die noch neun weitere Jahre Leasingraten gezahlt werden müssen?

1049. Abgeordneter Dennis Hohloch (AfD-Fraktion)
Mögliche Abschaffung der Prüfungen am Ende der Jahrgangsstufe 10 an Gymnasien

Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg spricht sich für eine Abschaffung der MSA-Prüfungen an Gymnasien aus. Als Begründung für diesen Vorstoß wird vor allem auf die mit der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Prüfungen verbundene zeitliche und organisatorische Mehrbelastung von Lehrern und Schülern verwiesen.

Aus dem Bildungsministerium hieß es hierzu, dass es tatsächlich Überlegungen gebe, in diesem Bereich Änderungen herbeizuführen. Die Meinungsbildung der Landesregierung sei zwar noch nicht abgeschlossen, man wolle allerdings in Diskussionen innerhalb der Koalition und mit den Elternvertretern „jetzt schnell“ zu einer Entscheidung kommen.³

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Änderungen im Bereich der MSA-Prüfungen an Gymnasien werden derzeit in der Landesregierung diskutiert bzw. geprüft?

³ Vgl.: <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/04/brandenburg-prueft-wegfall-von-msa-pruefungen-an-gymnasien.html>, letzter Zugriff: 28.04.2022.

1050. Abgeordnete Andrea Johlige (Fraktion DIE LINKE)

Erkennungsdienstliche Behandlung von Geflüchteten nach § 24 AufenthG zwecks Wechsel ins SGB II/XII

Das von der Bundesregierung für den Wechsel von Geflüchteten mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG in den Rechtskreis des SGB II/XII vorgesehene Verfahren sieht nach jetzigem Stand (nach der 1. Lesung im Bundestag) zwingend eine erkennungsdienstliche Behandlung der Personen vor. Der Rechtskreiswechsel soll zum 1. Juni vonstattengehen.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele der in Brandenburg nach § 24 AufenthG aufgenommenen Geflüchteten wurden bislang erkennungsdienstlich behandelt, sodass sie am 1. Juni in den Rechtskreis des SGB II/XII wechseln können?

1051. Abgeordnete Sabine Barthel (AfD-Fraktion)

Aktueller Stand des Nachholens von aufgrund von Corona verschobenen Operationen

Während der Coronapandemie sollten planbare Operationen zur Freihaltung von Kapazitäten häufig verschoben werden. Hierzu stellen sich Fragen zum aktuellen Stand.

Ich frage daher die Landesregierung: Inwieweit wurden aufgrund der Coronapandemie und diesbezüglicher Vorgaben verschobene Operationen inzwischen nachgeholt, bzw. wie groß ist der aktuelle Aufschubstau?

1052. Abgeordnete Andrea Johlige (Fraktion DIE LINKE)

Zuweisung von Geflüchteten nach § 24 AufenthG an Kreise und kreisfreie Städte

Die Unterbringungspauschale nach dem Landesaufnahmegesetz erhalten Landkreise und kreisfreie Städte für die Aufnahme von Geflüchteten erst, wenn diese Personen den Kommunen durch das Land zugewiesen wurden.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele der in Brandenburg nach § 24 AufenthG aufgenommenen Geflüchteten wurden bislang Landkreisen und kreisfreien Städten zugewiesen?

1053. Abgeordneter Lars Schieske (AfD-Fraktion)
Massive Preissteigerung bei der Schulspeisung

Steigende Diesel- und Benzinpreise, zusätzliche Liefergebühren, Marktengpässe bei Obst und Gemüse sowie die höchste Inflationsrate seit 48 Jahren - die Unternehmen der Gemeinschaftsverpflegung sehen sich zum wiederholten Male erheblichen Mehrbelastungen ausgesetzt. Sie stehen vor der Entscheidung, die Qualität des Essens zu senken oder die zusätzlichen Kosten an die Kinder und Eltern weiterzugeben.

In den Verträgen für Schul- und Kitaessen sind feste Preise pro Essen vereinbart, die auf wirtschaftlichen Annahmen beruhen, die der aktuellen Lage in keiner Weise mehr entsprechen.

Wenn die Verträge erneuert werden, kommt es bei unterschiedlichen Caterern zu Preisneuregelungen. Diese belasten die Eltern, so wie in Cottbus, um bis zu 36 % mehr.

Die Qualitätssenkung des Essens kann nicht im Sinne der Landesregierung sein, die in ihrem Koalitionsvertrag erklärt hat, sich dafür einzusetzen, dass „das Mittagessen in den Kindertagesstätten und Schulen überall in Brandenburg aus gesunden Lebensmitteln mit einem hohen regionalen bzw. ökologischen Anteil besteht“.

Ich frage die Landesregierung: Was gedenkt sie zu tun, damit Eltern weder finanzielle Mehrbelastungen noch eine Absenkung der Qualitätsstandards bei den angebotenen Schulspeisen hinnehmen müssen?

1054. Abgeordnete Anke Schwarzenberg (Fraktion DIE LINKE)
Erweiterung des Begleitausschusses Lausitz 2038 um eine Vertreterin der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Lausitzer Kommunen

Am 11.03.2022 tagte der Sonderausschuss Lausitz zum Thema Frauen im Strukturwandel. Unter anderem haben das Bündnis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und die Landesgleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg Forderungen und Erwartungen vorgestellt. Hierzu zählt die paritätische Besetzung von Gremien des Strukturwandelprozesses. In der sich im März anschließenden Landtagssitzung nahm der Landtag den Antrag „Ohne Frauen kein Strukturwandel. Weibliche Perspektiven stärken!“ , Drucksache 7/5259, mehrheitlich an. Darin fordert der Landtag die Landesregierung auf, auf eine geschlechterparitätische Besetzung in Gremien wie dem Begleitausschuss und den Werkstätten hinzuwirken.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Hat sie geprüft, ob die Landesgleichstellungsbeauftragte oder eine Vertreterin der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten aus den Lausitzer Kommunen als Mitglied des Begleitausschusses berufen werden kann?

1055. Abgeordnete Birgit Bessin (AfD-Fraktion)**Aktueller Stand der Häufigkeit der Diskriminierung Ungeimpfter bei der Lohnfortzahlung**

Im Land Brandenburg wurde zum Zwecke einer Erhöhung der Impfquote die Maßnahme ergriffen, Ungeimpfte bei der Lohnfortzahlung zu diskriminieren und ihnen diese im Quarantänefall zu verwehren.⁴

Ich frage daher die Landesregierung: Wie viele Personen haben im Land Brandenburg bislang aufgrund des Nichtvorliegens eines vollständigen Impfstatus während einer Coronainfektion und der damit einhergehenden verpflichtenden Isolation keine Lohnfortzahlung erhalten?

1056. Abgeordneter Thomas Domres (Fraktion DIE LINKE)**Verpachtung von BVVG-Flächen**

Die Bundesregierung hat einen Privatisierungsstopp für Landwirtschaftsflächen der BVVG angekündigt. Damit stellt sich die Frage, wie diese Flächen zukünftig genutzt und nach welchen Kriterien sie verpachtet werden sollen.

Ich frage die Landesregierung: Wie positioniert sie sich gegenüber dem Bund zu den Kriterien, nach denen BVVG-Flächen an Landwirtinnen und Landwirte verpachtet werden sollten?

1057. Abgeordneter Peter Drenke (AfD-Fraktion)**Potenzielle Wertschöpfungsketten für den Nutzhanfanbau**

Der Energiekonzern LEAG hatte 2020 damit begonnen, auf alten Kippenflächen Hanf anzubauen. Mitte Februar 2022 wurde bekannt, dass die LEAG den Anbau von Nutzhanf aufgegeben hat. Nach Information von rbb24 gibt es der Einschätzung der LEAG zufolge bislang noch keine Möglichkeit, Hanf im großen Maßstab wirtschaftlich anzubauen. Es sei nicht gelungen, eine stabile Wertschöpfungskette aufzubauen.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie die Wirtschaftlichkeit des Anbaus von Nutzhanf in der Lausitz vor dem Hintergrund ein, dass Hanfschäben für die Zelluloseverarbeitung in der Papierfabrik Schwarze Pumpe sowie darüber hinaus auch für die Pelletproduktion im von der LEAG erworbenen Pelletierwerk Schwedt genutzt werden könnten?

⁴ Vgl. „Verdienstausfall-Entschädigung wegen Quarantäne: Spätestens ab 1. November kein Anspruch mehr für Ungeimpfte“, in: <https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/presse/pressemitteilungen/detail/~22-09-2021-verdienstausfall-wegen-quarantaene-kein-anspruch-mehr-fuer-ungeimpfte> (22.09.2021), abgerufen am 25.04.2022.

1058. Abgeordneter Thomas Domres (Fraktion DIE LINKE)
Runder Tisch Saisonarbeit

Am 10. Mai 2022 fand eine Beratung des Runden Tisches „Gute Saisonarbeit in Brandenburg“ statt, bei der die Minister Steinbach und Vogel mit Gewerkschaften und dem Berufsstand über die Arbeitsbedingungen von Saisonarbeitskräften in Brandenburg sprachen.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Ergebnisse hat die Beratung des Runden Tisches gebracht?

1059. Abgeordnete Kathleen Muxel (AfD-Fraktion)
Beabsichtigte Position der Landesregierung zur neuen EU-Richtlinie im Verbraucherschutzbereich

Im Rahmen ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 1972 (Drucksache 7/5502) berichtet die Landesregierung über ihre verbraucherschutzpolitische Position zum auf handelsüblichen Hartholzbrikettprodukten häufig auffindbaren Hinweis, dass die Verbrennung CO₂-neutral erfolge. Ihre Meinungsbildung und Positionierung zur CO₂-Neutralität sei jedoch nicht abgeschlossen, da das fachliche Gutachten zum Klimaplan noch nicht vorliege. Außerdem berichtet sie über den neuen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2005/29/EG und 2011/83/EU hinsichtlich der Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel durch besseren Schutz gegen unlautere Praktiken und bessere Informationen.

Ich frage daher die Landesregierung: Auf welche Art und Weise wird sie sich auch ohne das Vorliegen des fertigen Gutachtens zum Klimaplan in den auf EU-Ebene vorangetriebenen Prozess der Richtlinienänderung im Sinne der Vorbemerkung einbringen?

1060. Abgeordneter Thomas Domres (Fraktion DIE LINKE)
Moorschutzprogramm

Schutz und Wiedervernässung von Mooren sind wichtige Instrumente für den Klimaschutz und den Schutz der biologischen Vielfalt, können aber auch zu Nutzungskonflikten führen. In der Beratung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz im Dezember 2021 hatte das MLUK angekündigt, dass zum Moorschutzprogramm im ersten Halbjahr 2022 ein Beteiligungsverfahren durchgeführt werden und es dann von der Landesregierung beschlossen werden soll.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Bearbeitungsstand bzw. Zeitplan zur Erstellung des Moorschutzprogramms?

1061. Abgeordneter Volker Nothing (AfD-Fraktion)**Position der Landesregierung zur planerischen Verbindung verschiedener Ortsumfahrungen im Landkreis Elbe-Elster**

Die „Lausitzer Rundschau“ berichtete am Montag, dem 9. Mai 2022 über eine Veranstaltung in Elsterwerda, auf der sich Infrastrukturminister Beermann unter dem Motto „Wirtschaft fragt, Politik antwortet“ verschiedenen Fragen gestellt hatte. Unter anderem ging es hier auch um zwei Ortsumfahrungen in Elsterwerda und eine in Plessa. Dabei sollten vonseiten der Planung auch die beiden Projekte in Elsterwerda „scheitern [...], wenn es in Plessa zu einer Nullvariante auf der bisherigen Route durch den Ort kommen sollte.“ Der stellvertretende Bürgermeister von Elsterwerda, Ansgar Große, sprach in diesem Zusammenhang von „regelrechte[r] Erpressung der Planer“. Doch auch ein Vertreter aus Plessa, der dortige Amtsdirektor Göran Schrey, pflichtete dem bei, indem er äußerte: „Wir lassen uns nicht gegenseitig ausspielen.“ Er sehe „keinerlei rechtliche Begründung, warum zwei andere Projekte ebenfalls scheitern sollen, nur weil eine umstrittene Ortsumfahrung nicht gebaut werden kann.“

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Position bzw. Handlungsabsicht liegt seitens der Landesregierung im Hinblick auf die Kritik an der planerischen Verbindung der Ortsumfahrungen bei Elsterwerda und Plessa vor, die von kommunalen Akteuren beider Seiten geäußert wurde?

1062. Abgeordnete Sabine Barthel (AfD-Fraktion)**Aktueller Stand der Freihaltung von Betten wegen Corona im Land Brandenburg**

Während der Coronapandemie mussten auch im Land Brandenburg Betten für mögliche Covid-19-Patienten freigehalten werden, worüber zum Beispiel auch das MSGIV am 8. Dezember 2021 auf seiner Internetpräsenz informierte.⁵ Hierzu stellen sich Fragen zum aktuellen Stand.

Ich frage daher die Landesregierung: In welchem Umfang werden in den Krankenhäusern im Land Brandenburg weiterhin Betten und Behandlungskapazitäten wegen Corona vorgehalten?

⁵ Vgl. „Krankenhäuser müssen mehr Betten für die Behandlung von COVID-19-Patienten freigehalten“, in: <https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/presse/pressemitteilungen/detail/~08-12-2021-neue-freihaltekapazitaeten> (08.12.2021), abgerufen am 25.04.2022.

1063. Abgeordnete Kathleen Muxel (AfD-Fraktion)
Vor-Ort-Beratungen durch Energieberater der Verbraucherzentrale Brandenburg

Am Montag, dem 9. Mai 2022 berichtete die „Märkische Allgemeine Zeitung“ über die steigenden Energiepreise für die Verbraucher. Im Rahmen dessen kam der Leiter der Energieberatung der Verbraucherzentrale Brandenburg zu Wort. Unter anderem berichtete er von der aktuell hohen Nachfrage nach Vor-Ort-Beratungen. Hierfür stünden zurzeit 24 Energieberater zur Verfügung.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie viele zur Verfügung stehende Energieberater der Verbraucherzentrale Brandenburg führten während der letzten fünf Jahre wie viele Vor-Ort-Beratungen durch? Bitte nach Jahren und wenn möglich, auch nach Monaten aufschlüsseln.